

# Österreichische Zeitschrift für Verwaltung.

Von Dr. Carl Jaeger.

**Erscheint jeden Donnerstag.** — Redaction und Administration: Buchhandlung von Moriz Perles in Wien, Bauernmarkt 11.

(Pränumerationen sind nur an die Administration zu richten.)

**Pränumerationen:** Für Wien mit Zusendung in das Haus und für die österr. Kronländer sammt Postzusendung jährlich 4 fl., halbjährig 2 fl., vierteljährig 1 fl. Für das Ausland jährlich 8 Mark.

Als werthvolle Beilage werden dem Blatte die Erkenntnisse des k. k. Verwaltungsgerichtshofes in Buchform bogenweise je nach Erscheinen beigegeben, und beträgt das Jahres-Abonnement mit diesem Supplement 6 fl. = 12 Mark. Bei gefälligen Bestellungen, welche wir uns der Einfachheit halber per Postanweisung erbitten, ersuchen wir um genaue Angabe, ob die Zeitschrift mit oder ohne die Erkenntnisse des k. k. Verwaltungsgerichtshofes gewünscht wird.

Inserate werden billigt berechnet. — Verlagsgelühr nach vorheriger Vereinarung. — Reclamationen, wenn unverzüglich, sind kostenfrei, können jedoch nur 14 Tage nach Erscheinen der jeweiligen Nummer Berücksichtigung finden.

## Inhalt.

Ueber thierärztliche Kurpfuscherei. Von Ferdinand Kirchlehner, k. k. Statthalterrath.

Mittheilungen aus der Praxis:

Unzulässigkeit der Androhung der Strafe der zeitweiligen oder gänzlichen Ausschließung vom Marktbefuche in einer gemeindlichen Marktordnung als über den Wirkungskreis gemeindlicher Strafandrohung hinausgehend

Zur Entscheidung über die gegen das k. k. Alerar aus Anlaß eines von dem k. k. österreichischen Militär zugesügten Kriegsschadens erhobenen Ersatzansprüche sind nicht die Gerichte, sondern nur die politischen Behörden berufen.

Die hinsichtlich der Namensfertigung mit hebräischen Lettern maßgebenden Vorschriften sind durch das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, Nr. 142 R. G. Bl., nicht aufgehoben.

Verordnungen.

Erläuterungen.

## Ueber thierärztliche Kurpfuscherei.

Von Ferdinand Kirchlehner, k. k. Statthalterrath.

In der politischen Administration ist die Frage eine controverse ob von einer unbefugten Ausübung der Thierheilkunde die Rede sein könne.

Von einer Seite wird behauptet, es liege in der Natur der Sache selbst, daß die Behandlung kranker Thiere nicht bestimmten qualifizirten Aerzten vorbehalten werden könne. Dem Besitzer des Thieres stehe das Recht zu, über seine Waare frei zu verfügen und zu diesem seinem Verfügungsrechte gehöre sicherlich auch die Wahl des Arztes oder eigentlich derjenigen Person, welcher er sein krankes Thier zur Behandlung anvertraut. Ausgenommen vom freien Verfügungsrechte in dieser Beziehung seien nur die Scuchenfälle und insbesondere sei durch § 5 der Normalvorschrift über Viehscuchen (Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. December 1854, Z. 32.592) nur Hirten und Wajenmeistern das Kuriren kranker Hausthiere ausdrücklich gesetzlich untersagt. Endlich habe das Ministerium des Innern bei Erlassung von Normativ-Bestimmungen über die Veterinär-Jahresberichte unterm 12. Jänner 1878, Z. 1597, bemerkt: „Um den diplomirten Thierärzten einen wenigstens indirecten Schutz gegenüber den Aetherthierärzten und Kurpfuschern zu gewähren und zur Verbesserung ihrer Stellung thunlichst beizutragen, ist darauf zu sehen, und das Geeignete zu verfügen, daß nur die diplomirten Thierärzte den Titel „Thierarzt“ führen, andere Personen aber sich dieses Titels gegenüber den Behörden oder auf Zeugnissen oder auf Aushängetafeln nicht bedienen“ — woraus folge, daß Fälle in denen Beschlaghändler oder andere Laien nebenbei der

Behandlung von Thieren über Aufforderung der Parteien sich unterziehen, kein Gegenstand einer Klage, beziehungsweise einer Strafverhandlung sein können. Uebrigens wäre die Erlassung eines allgemeinen Verbotes der Ausübung der unbefugten Thierheilkunde dermalen schon aus dem einfachen Grunde unzulässig, weil ein solches Gesetz ein todter Buchstabe bliebe und die Bevölkerung bei dem notorischen Mangel qualifizirter Thierärzte trotz des Verbotes gezwungen wäre, sich der nicht qualificirten Thierärzte, der sogenannten Kurpfuscher zu bedienen.

Dieser Anschauung wird von anderer Seite mit nachstehender Argumentation entgegengetreten:

Das Heilen von Thieren erscheint nach unseren Einrichtungen als ein Befugniß von hiezu eigens ausgebildeten Personen.

Vor Allem muß diesbezüglich der mit der Allh. Entscheidung vom 27. Juni 1871 erfolgten Reorganisation des Militär-Thierarzney-Institutes in Wien Erwähnung geschehen und müssen die wesentlichen Bestimmungen aus dem Organisationsstatute und dem Plane für die thierärztlichen Studien, beide vom Jahre 1871, in Betracht genommen werden. Der Zweck des Institutes ist darnach in erster Linie die Heranbildung von Thierärzten für das Civile und das k. k. Heer, so wie von Militär-Kurpfehmieden. Studierende der Veterinärkunde werden in der gesammten theoretischen und praktischen Veterinärkunde herangebildet und erhalten nach Vollendung des Studiencurses von 3 Jahren, (für Aerzte und Wundärzte und absolvirte Militär-Kurpfehmiede von 2 Jahren) und nach Ablegung einer strengen Prüfung ein Diplom als befähigter Thierarzt, welches die Berechtigung gibt, in der österr.-ungar. Monarchie die Thierheilkunde in ihrem ganzen Umfange an den sammtlichen Hausthieren frei auszuüben und rechtsgiltige thierärztliche Zeugnisse auszustellen. \*) Die Schüler des Curses für Militär-Kurpfehmiede erhalten nach entsprechender Absolvierung des zweijährigen Curses ein Befähigungszeugniß, seinerzeit ein Hufschmiedgewerbe anzutreten (?) und zu betreiben. \*\*)

Das Reichskriegsministerium hat sich vorbehalten, diejenigen Militär-Kurpfehmiede, welche eine längere Zeit im Präsenzstande fortgedient haben und mit einer guten Conduite aus der Militärdienstleistung treten, den betreffenden Ministerien zur Gestattung der Ausübung der pferdeärztlichen Praxis im Civile zu empfehlen. In Folge des Staatsministerial-Erlasses vom 28. September 1863, Z. 17.458, wird auch diesen Kurpfehmieden „neuen Systems“ von der Landesstelle die Concession zur pferdeärztlichen Praxis im Civile an frei gewählten Standorten von Fall zu Fall über ihr Einschreiten ertheilt. Die von dem Jahre 1823—1858 absolvirten Kurpfehmiede oder die sogenannten

\*) Der Minister des Innern hat unterm 5. October 1877, Z. 14.024, im Einvernehmen mit dem Minister für Cultus und Unterricht gestattet, daß die an der Budapester königl. ungar. veterinärärztlichen Lehranstalt nach dem Studienplane vom Jahre 1875 ausgebildeten und diplomirten Thierärzte, wenn sie sich auf österreichischem Gebiete niederlassen und hier das Staatsbürgerrecht erwerben, „ihre Praxis daselbst ungestört ausüben können“.

\*\*) Mit Ministerial-Verordnung vom 21. Juni 1874, R. 100 wurde das Hufschmiedgewerbe unter die concessionirten Gewerbe eingereiht.



Kurpfuscherie „alten Systems“ genießen dieselben Rechte wie die Thierärzte.\*)

Hiermit sind die Kategorien des veterinärärztlichen Personales erschöpft, welchem in Oesterreich das Recht zur Ausübung einer thierärztlichen Praxis gesetzlich eingeräumt ist\*\*), denn die Zeugnisse, die an der mit dem Wiener Thierarzney-Institute verbundenen Hufbeschlagschule, an den öffentlichen Civilhufbeschlagschulen (wie in Graz, Laibach und Klagenfurt) und an den bestehenden zehn Militärhufbeschlagschulen\*\*\*) erteilt werden, geben eben so wie die nach der Ministerialverordnung vom 27. August 1873, Nr. 140 auszustellenden Zeugnisse nur die Befähigung zur Ausübung des Hufschmiedgewerbes, berechtigen aber nicht zur Behandlung kranker Pferde, welches Befugniß nicht einmal den absolvirten Zöglingen der Hufbeschlagschulen in Graz und Laibach zukommt, mit denen doch thierärztliche Lehranstalten verbunden sind.

In der Anstalt zu Graz werden nach dem mit der Allerh. Entschließung vom 14. Juli 1834 erlassenen Statute den Zöglingen nebst dem Hufbeschlage fast alle Gegenstände, welche sich der ordentliche Thierarzt aneignen muß, theoretisch vorgetragen und werden ihnen auch klinische praktische Uebungen im Krankenstalle auferlegt. Bis 1868 bekam ein Zögling dieser Anstalt ein Zeugniß, in welchem der Satz enthalten ist, „daß er in Ermanglung eines Thierarztes und unbeschadet der Rechte desselben zur Behandlung kranker Thiere befähigt erklärt wurde“. Da erlosch der für diese Frage sehr wichtige Erlaß des Ministeriums des Innern vom 20. Februar 1868, Z. 1763, an die steiermärkische Statthalterei, betreffend die Form der, von der landwirtschaftlichen Hufbeschlags-, Lehr- und Thierheilanstalt in Graz auszustellenden Zeugnisse: „Die gedachte Landesanstalt ist eine Lehranstalt nur für den Hufbeschlag, nicht aber für Thierheilkunde, sie ist daher bei der Ausstellung von Zeugnissen über den Hufbeschlag an das, in dem Allerh. sanctionirten Lehrplane für Hufbeschlagschmiede vom 30. Juli 1857, Nr. G. Bl. pro 1858 Nr. 36†) vorgeschriebene Formulare gebunden und kann über den Besuch von Vorlesungen über einzelne Fächer der Thierheilkunde nur Frequentations-Zeugnisse nach § 24 des Allerh. sanctionirten Lehrplanes für Thierärzte vom 30. Juli 1857 ausstellen. Die von der erwähnten Anstalt in Graz dormalen ausgestellten Zeugnisse aber, wie eines für J. L. ausgestellt vorliegt, entsprechen obigen Bestimmungen nicht, und könnten das Publicum, die Behörden und die Besitzer solcher Zeugnisse irre führen, der Kurpfuscherei Vorschub geben und die diplomirten Thierärzten auch die Kurpfuscherie in ihren wohl erworbenen Rechten beeinträchtigen. Es ist die entsprechende Modificirung der in Rede stehenden Zeugnisse nothwendig und auf dieselbe nachdrücklich auf die geeignetste Weise bei dem Landesauschusse einzuwirken, übrigens aber auch dafür Sorge zu tragen, daß von den Behörden auf Grund der in der bisherigen Form ausgestellten Zeugnisse Niemand das Recht zur Ausübung der thierärztlichen Praxis verliehen werde.“ Die fraglichen Zeugnisse wurden zufolge des Landesgesetzes für Steiermark vom 27. November 1868, L. G. Bl. Z. 42 dahin geändert, daß der fragliche Passus lautet: „Auch hat sich derselbe beim theoretischen Unterricht in der Thierheilkunde und bei den praktischen Uebungen im Thier-spitale (gut, sehr gut) verwendet.“

Eine solche scharfe Abgrenzung des thierärztlichen Personales nach den zurückgelegten Studien kann doch wohl nicht als eine consequenzlose Rangeintheilung gelten, sondern muß vielmehr eine Bestimmung und Abgrenzung des gegenseitigen Wirkungsbereiches, beziehungsweise die Hintanhaltung von Uebergreifen bezwecken. Es müssen daher auch jene Personen, welche die geforderte Qualifikation nicht besitzen, von der Ausübung der hievon abhängig gemachten Praxis gebotenen Falles ausgeschlossen werden können. Daß diese Anschauung von jeher die maßgebende

war, kann auch durch den § 21 der Instruction für die Landes-Thierärzte (Hofkanzlei-Verordnung vom 31. October 1819, Z. 34.829) erhärtet werden, welcher lautet: „Die Aufsicht über die Art und Weise, wie und von wem die Thierheilkunst im Lande ausgeübt wird, muß sich der Landes-Thierarzt um so angelegener sein lassen, je mehr dieselbe in den Händen der Hirten, Schaafmeister, Hufschmiede, Jäger, Abbecker u. s. w. zu sein pflegt. Er ist verpflichtet, alle solche, die er unbefugter Weise mit der Behandlung kranker Thiere sich abgeben sieht, bei der Landesstelle oder dem betreffenden Kreisamte anzuzeigen.“

Endlich kann noch ein Fall aus der Praxis mitgetheilt werden, in welchem sich das Ministerium des Innern endgiltig für die Richtigkeit dieser Ansicht ausgesprochen hat. Dem P. M., Hufschmied in St. wurde von der Bezirkshauptmannschaft D. L. unter'm 1. Juli 1877, Z. 5343, die Ausübung der Thierheilkunde auf Grund des § 40 der Ministerialverordnung vom 19. Jänner 1853, Nr. G. Bl. Nr. 10 (Amtswirklichkeit der Bezirksämter), § 11 des Gesetzes vom 19. Mai 1868, Nr. G. Bl. Nr. 44 (Einrichtung der dermaligen politischen Verwaltungsbehörden) und § 2 lit. a des Gesetzes vom 30. April 1870, Nr. G. Bl. Nr. 68 (über die Organisation des Sanitätsdienstes) bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1—100 fl. nach der kaiserl. Verordnung vom 20. April 1854, Nr. G. Bl. Nr. 96 (Vollzugsvorschrift §§ 7 und 11), untersagt. Insbesondere hat die Bezirksvertretung, die im Interesse der Hebung der Viehzucht einen diplomirten Thierarzt mit einer Jahresbestallung von 300 fl. angestellt hatte, auf die endliche Abstellung der so verbreiteten und verderblichen thierärztlichen Kurpfuscherei gedrungen. Als P. M. dennoch die pferdeärztliche Praxis ausübte, wurde am 25. September 1877 vom Bezirkshauptmann über ihn eine Strafe von 10 fl. verhängt. Ueber Recurs des P. M. hat die steiermärkische Statthalterei, in der Erwägung, daß ein Verbot der thierärztlichen Kurpfuscherei nicht besteht, auch die Seuchenvorschrift vom Jahre 1859 im § 5 eine ausnahmsweise Bestimmung nur hinsichtlich der Gemeindegirten und Abbecker (nämlich ein ausdrückliches gesetzliches Verbot des Curirens kranker Hausthiere) enthält und die dem b. h. Verbote zu Grunde gelegten Gesetze und Verordnungen zum vorliegenden Falle in keiner unmittelbaren Beziehung stehen, dieses Verbot daher der gesetzlichen Basis entbehrt, — daselbe, sowie die darauf fußende Strafverhängung unter'm 8. November 1877, Z. 15.456, hoben. Gegen diese Statthalterei-Entscheidung hat der Bezirksthierarzt F. H. in St. den Ministerialrecurs eingebracht. Das Ministerium des Innern fand unter'm 14. Juni 1878, Z. 3294, dieser Beschwerde, insoweit durch die Statthalterei-Entscheidung das von der Bezirkshauptmannschaft ausgesprochene Verbot der Ausübung der thierärztlichen Praxis durch den Hufschmied P. M. hoben wurde, aus dem Grunde Folge zu geben, weil die Berechtigung zur freien Ausübung der Thierheilkunde nur auf Grund einer ordnungsmäßig abgelegten Prüfung nach Vollendung des vorgeschriebenen Studienurses erworben wird und die von der Grazer Hufbeschlags-Lehranstalt ausgestellten Zeugnisse nicht das Recht zur Ausübung der thierärztlichen Praxis verleihen, indem sie nur die Befähigung zur Ausübung des Hufschmiedgewerbes beurkunden. In dieser Beziehung wurde auf den vollen Inhalt des Ministerialerlasses vom 20. Februar 1868, Z. 1763, verwiesen und zugleich § 21 der mit dem Hofdecrete vom 31. October 1819, Z. 34.829, erlassenen Instruction für die Landesstierärzte in Erinnerung gebracht.

(Schluß folgt.)

## Mittheilungen aus der Praxis.

**Unzulässigkeit der Androhung der Strafe der zeitweiligen oder gänzlichen Ausschließung vom Marktbefuche in einer gemeindlichen Marktordnung als über den Wirkungsbereich gemeindlicher Strafandrohung hinausgehend.**

Die n.-ö. Statthalterei hat die Streichung des nachstehenden Passus im § 10 der Marktordnung der Gemeinde H. verfügt: „und kann auch die zeitweilige oder gänzliche Ausschließung des Marktbefuches über solche Personen verhängt werden, welche wegen derselben Uebertretung der Marktordnung wiederholt bestraft wurden. Die Ausschließung verhängt der Marktcommissär und im Recurswege das Bürgermeisteramt.“

Der Grund, warum die Eliminirung dieses Passus aufgetragen wurde, war der, weil nach der Ansicht der Statthalterei diese

\*) Hier sei noch erwähnt, daß die Verordnungen des Ministers des Innern vom 21. März 1873, Nr. G. Bl. Nr. 97 und 27. August 1873, Nr. G. Bl. Nr. 139 die Prüfung der Thierärzte zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden, die sogenannte Physicatsprüfung regeln.

\*\*) Dieses Recht haben selbstverständlich auch die nach der Allerh. Entschließung vom 9. Jänner 1848 herangebildeten Magister der Thierheilkunde.

\*\*\*\*) Sechs in Oesterreich, vier in Ungarn. Kundmachung des Ministeriums des Innern vom 22. Februar 1872, Nr. G. Bl. Nr. 18.

†) Unter'm 12. Juli 1871, Nr. G. Bl. Nr. 97, wurde vom Ministerium für Cultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Reichs-Kriegsministerium der modificirte Plan für das thierärztliche Studium kundgemacht.



Bestimmung mit den Bestimmungen der §§ 35 und 57 letztes alin. der Gemeindeordnung für Nieder-Oesterreich vom 31. März 1864 (L. G. Bl. Nr. 5), wornach die Gemeinde in Handhabung des ortspolizeilichen Wirkungskreises keine anderen Strafen, als Geld- eventuell Arreststrafen androhen und verhängen kann, unvereinbar sei.

Dagegen hat die Gemeinde H. eine Vorstellung beim k. k. Ministerium des Innern eingebracht, welche Behörde ddo. 7. August 1878, Z. 7538, in folgender Weise entschied:

„Das k. k. Ministerium des Innern findet nach gepflogenen Einvernehmen mit dem k. k. Handelsministerium der Beschwerde der Gemeinde H. gegen die von der n.-ö. Statthalterei mit dem Erlasse vom 26. November 1877, Z. 36.113, verfügte Abänderung des § 10 der Marktordnung für den Victualienmarkt in H. keine Folge zu geben, weil die angefochtene Entscheidung in den Bestimmungen der §§ 35 und 57 der Gemeindeordnung für Nieder-Oesterreich ihre Begründung findet.

Es würde jedoch keinem Anstand unterliegen, in die Marktordnung an Stelle des beanständeten Textes die Bestimmung aufzunehmen, daß Personen, welche die Ordnung und Ruhe des Marktes stören, durch den Marktcommissär sofort vom Markte weggeführt werden können, und würde durch diese Maßregel, welche nur die Aufrechterhaltung der Ordnung bezweckt, der Intention der Gemeinde wegen Aufnahme einer diesfälligen Bestimmung entsprochen.“ M.

**Zur Entscheidung über die gegen das k. k. Alerar aus Anlaß eines von dem k. k. österr. Militär zugefügten Kriegsschadens erhobenen Ersatzansprüche sind nicht die Gerichte, sondern nur die politischen Behörden berufen.**

Mit Klage de praes. 21. März 1878, Z. 21.421, belangten Theresia G., dann Rosa G. und die Vormundschaft der minderjährigen Kinder der Marie G. das k. k. Alerar auf Zahlung eines Schadenersatzbetrages per 5431 fl. für zwei, dem nunmehr verstorbenen Angelo G. gehörige und mit Getreide beladene Schiffe, welche im Kriege zwischen Oesterreich und dem ehemaligen Königreiche Sardinien im Jahre 1848 von dem Pionnier-Corps der österreichischen Armee aus strategischen Rücksichten in die Etzch versenkt worden waren.

Diese Klage wurde mit Bescheid des k. k. Landesgerichtes in Wien vom 22. März 1878, Z. 21.421, der k. k. n. ö. Finanzprocuratur noe Alerars um die binnen 30 Tagen zu erstattende Einrede zugestellt.

Dem Recurse der k. k. n. ö. Finanzprocuratur gegen den landesgerichtlichen Bescheid, insofern die Klage angenommen und aufrecht erledigt wurde, hat das k. k. Oberlandesgericht in Wien mit Erledigung vom 30. April 1878, Z. 7806, theilweise Folge gegeben und in Abänderung des angefochtenen Bescheides die Klage den Klägern zur gerichtsunordnungsmäßigen Instruierung durch Angabe auch der Namen der klagenden Kinder der Marie G., sowie des Charakters und des Wohnortes der Kläger nach Vorschrift des § 14 a. G. D., des Hofdecretes vom 24. October 1791 und des Hofdecretes vom 21. October 1793, Nr. 131 J. G. S., zurückgewiesen; weil einerseits nach den Angaben der Klage die Unzuständigkeit dieser für die Civilgerichte keine offenbare ist, andererseits aber dieselbe in den angeführten formellen Richtungen mangelhaft eingerichtet erscheint und daher zur Verbesserung dieser Formgebrehen zurückzustellen ist.

Dem a. o. Revisionsrecurse der k. k. Finanzprocuratur gegen die oberlandesgerichtliche Erledigung, insofern mit derselben nur die Zurückstellung der Klage zur Verbesserung, nicht aber die gänzliche Zurückweisung derselben verordnet wurde, hat der k. k. oberste Gerichtshof mit Entscheidung vom 9. Juli 1878, Z. 7683, in Erwägung, daß der Anspruch der Kläger auf Zahlung von 5431 fl. nach Inhalt der Klage auf die Behauptung gestützt wird, es seien während des zwischen Oesterreich und dem ehemaligen Königreiche Sardinien ausgebrochenen Krieges und zwar in den Tagen vom 26. bis 30. April 1848 durch das Pionnier-Corps der k. k. österreichischen Armee aus strategischen Rücksichten zwei mit Getreide und Türckischkorn beladene gewesen, dem nunmehr verstorbenen Angelo G. gehörige Schiffe in den Fluß Etzch versenkt worden, daß demnach die Kläger als Erben des genannten Angelo G. wegen eines dem Lepteren angeblich von dem k. k. österreichischen Militär zugefügten Kriegsschadens gegen das k. k. Alerar einen Ersatzanspruch stellen, über solche Ansprüche aber nach dem § 1044

a. b. G. B., dann der Allerb. Entschließung vom 5. April 1816 (Circular des mailändischen Guberniums vom 22. April 1816, Raccolta delle leggi etc., Vol. I., pag. 357), und nach dem an alle Landesstellen ergangenen Hofkanzleidecrete vom 16. April 1821 (Politische Gesetzsammlung, 49. Band, S. 115) nicht die Gerichte, sondern nur die politischen Behörden zu entscheiden berufen sind und in solchen Fällen nach § 48 der Jurisdictionsnorm die Competenz von Amts wegen zu wahren ist, — stattzugeben, den Bescheid des k. k. Landesgerichtes Wien vom 22. März 1878, Z. 21.421, sowie die Verordnung des k. k. Oberlandesgerichtes in Wien vom 30. April 1878, Z. 7806, zu beheben und die Zurückstellung der Klage wegen Unzuständigkeit der Gerichte zu verordnen befunden. Ger. H.

**Die hinsichtlich der Namensfertigung mit hebräischen Lettern maßgebenden Vorschriften sind durch das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, Nr. 142 N. G. Bl., nicht aufgehoben.**

Fischel S. hat mittelst Giro vom Moses G. einen traffirt-eigenen Wechsel über 3000 fl. erworben und belange die minderjährigen Kinder des verstorbenen Acceptanten Sigismund R. wegen Bezahlung des Restbetrages von 910 fl.

Die unteren Instanzen haben das Klagebegehren zurückgewiesen: weil auf dem Klagewechsel die Unterschriften des Moses G. mit hebräischen Buchstaben vollzogen wurden, und, wenn auch sein Name auf dem Wechsel mit lateinischen Lettern geschrieben war, diese Unterschrift doch nicht von ihm herrührt.

Der oberste Gerichtshof hat mit der Entscheidung vom 29. März 1878, Z. 8600, die außerordentliche Revision des Fischel S. abgewiesen, und zwar aus folgenden Gründen:

Die auf dem Klagewechsel ersichtliche Unterschrift des Moses G. mit lateinischer Schrift als Aussteller rührt nicht, was Kläger selbst zugestanden, von der Hand des Moses G. her, weil derselbe der lateinischen Schrift nicht kundig ist; diese von einer fremden Hand beige-setzte Unterschrift des Moses G. kann also nicht berücksichtigt werden, weil nicht erwiesen ist, daß selbe mit Zustimmung des Moses G. vollzogen worden sei. Dagegen könnte die auf diesem Wechsel ersichtliche Unterschrift des Moses G. als Aussteller und Girant mit jüdischer Schrift nach Hofdecret vom 19. Februar 1846, Nr. 938 J. G. S., nur als ein Handzeichen angesehen werden; ist aber, wie dies der Art. 94 W. D. vorschreibt, weder gerichtlich, noch notariell beglaubigt, kann also ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Die weitere Behauptung des Klägers, daß die hinsichtlich der Namensfertigung mit jüdischer Sprache maßgebenden Vorschriften der Hofdecrete vom 20. December 1842, Nr. 663 J. G. S., und vom 19. Februar 1846, Nr. 938 J. G. S., durch das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867 aufgehoben worden sind, ist, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, Nr. 142 N. G. Bl., ganz ungegründet. Dem Klagewechsel fehlt somit das wesentliche Erforderniß des Art. 4, Z. 5 W. D., nämlich die Unterschrift des Ausstellers. Aus dieser Urkunde entstand nach Art. 7 W. D. keine wechselseitige Verbindlichkeit, und das auf diese Urkunde gesetzte Indossament des Moses G. hat, selbst wenn dessen Unterschrift von ihm herrühren würde, keine Wechselkraft, weshalb auch für den Kläger kein Wechselrecht erwachsen ist. Jurist. Bl.

## Verordnungen.

Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 19. August 1878, Z. 10.421, betreffend die Führung der Sterbematrizen bezüglich jener Personen evangelischen Glaubensbekenntnisses, welche auf katholischen Friedhöfen ohne Intervention des zuständigen evangelischen Seelsorgers beerdigt werden.

Im Anbuge wird der k. k. Statthalterei die Abschrift einer im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht von hieramts gleichzeitig an die nied.-österr. k. k. Statthalterei ergehenden Anordnung über die Führung der Sterbematrizen bezüglich jener Personen evangelischen Glaubensbekenntnisses, welche auf katholischen Friedhöfen ohne Intervention des zuständigen evangelischen Seelsorgers beerdigt werden, mit der Aufforderung übermittelt, das zur Darnachachtung in vorkommenden Fällen Erforderliche im unterstehenden Verwaltungsgebiete zu veranlassen.



Abchrift eines Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern an die k. k. Statthalterei in Wien, ddo. 19. August 1878, Z. 10.421.

Ueber den aus Anlaß des vorgekommenen speciellen Falles mit dem Berichte vom 1. December 1877, Z. 36.756 von der k. k. . . . nach gepflogener Einvernahme mit dem Wiener fürsterzbischöflichen Ordinariate und dem k. k. evangelischen Oberkirchenrathe gestellten Antrag, findet das k. k. Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht anzuordnen, daß in dem Falle, als ein evangelischer Glaubensgenosse ausbürgischer oder helvetischer Confession, jedoch ohne Intervention seines zuständigen evangelischen Seelsorgers auf einem katholischen Friedhofe beerdigt wird, der Sterbefall in die bezüglichliche Matrik der katholischen Pfarre des Begräbnisortes einzutragen, und ein Auszug aus derselben der politischen Bezirksbehörde zur Weiterbeförderung an den evangelischen Pfarrer, zu dessen Sprengel der Verstorbene seinem Wohnsitze nach gehört, zu übersenden ist.

Zum Zwecke der Vermeidung von doppelten Eintragungen in die Sterbematrik hat jedoch der evangelische Seelsorger auf Grund des ihm zugekommenen vorerwähnten Auszuges den Todesfall zwar in seine Sterbe-Matrik, jedoch in der Art einzutragen, daß in derselben ohne Bezeichnung durch eine eigene Reihenzahl auf dem betreffenden Blatte unter der Namensrubrik der Name des Beerdigten angeführt, und ohne Ausfüllung der übrigen Rubriken in der „Anmerkung“ ersichtlich gemacht werde, an welchem Tage der Todesfall eingetreten ist, auf welchem Friedhofe und an welchem Tage die Beerdigung stattgefunden hat, und in welcher katholischen Pfarre die Eintragung des Sterbefalles in die Matrik vorgenommen worden ist.

Die k. k. . . . wird aufgefordert, hiernach das Erforderliche im Wege der vorgenannten kirchlichen Oberhöden zu veranlassen, und auch die unterstehenden politischen Behörden hievon entsprechend zu verständigen.

Die Berichtsbeilagen folgen zurück, und wird der k. k. . . . gleichzeitig die sich vorbehaltene Amtshandlung wegen Aufrechterhaltung der Competenz des evangelischen Seelsorgers zur Eintragung des Sterbefalles in dem vorgelegenen speciellen Falle, in welchem eine Intervention des zuständigen evangelischen Seelsorgers stattgefunden hat, überlassen.

Erlass des k. k. Ministeriums des Innern vom 23. October 1878, Z. 10.381, betreffend die Anordnung, daß Hebammen stets eine Carbonsäure-Lösung als Reinigungs- und Desinfectionsmittel zu gebrauchen haben.

Im Nachhange zur Verordnung vom 25. März 1874, R. G. Bl. Nr. 32, mit welcher eine Instruction für Hebammen erlassen wurde, findet das Ministerium des Innern zu bestimmen, daß jede Hebamme nebst den in § 3 dieser Instruction verzeichneten Instrumenten und Geräthen jederzeit auch eine Lösung von Carbonsäure, bestehend aus 10 Grammen krystallisirter Carbonsäure in 500 Grammen Wasser, vorrätig zu halten habe. Mit dieser Lösung hat sich jede Hebamme nach sorgfältiger gewöhnlicher Reinigung die Hände zu waschen, bevor sie an den Geschlechtstheilen der Schwangeren, Gebärenden oder Wöchnerinnen Untersuchungen vornimmt oder denselben örtliche Hilfe leistet; ebenso hat sie ihre Instrumente, Geräthe und insbesondere die Badeschwämme nach jedesmaligem Gebrauche sofort einer gründlichen Reinigung zu unterziehen und hierauf mit der Carbonsäure-Lösung abzuwischen.

Den k. k. Bezirksärzten obliegt es, die Apparate der Hebammen gelegentlichen Revisionen zu unterziehen, sich von der guten Instandhaltung und der sorgfältigen Reinhaltung derselben zu überzeugen und die Hebammen anzuweisen, wie sie die angeordnete Desinfection in zweckentsprechender Weise vorzunehmen haben.

Desgleichen sind die praktischen Aerzte von dieser Verfügung in Kenntniß zu setzen, damit auch ihrerseits die Hebammen entsprechend unterwiesen und zur Beobachtung dieser Schutzmaßregel angehalten werden.

Jeder Hebamme ist ein Exemplar dieser Nachtrags-Verordnung in der üblichen Landessprache gegen Empfangsbekätigung zuzustellen und ebenso ist eine angemessene Anzahl von Exemplaren den betreffenden Lehranstalten behufs Theilung der diplomirten Hebammen beim Angelobungsacte zur Verfügung zu stellen.

## Centralblatt für Eisenbahnen und Dampfschiffahrt der österreichisch-ungarischen Monarchie. Officieller Theil. 1878.

Nr. 7. Ausgeg. am 17. Jänner.

Concession zum Baue einer Drahtseilbahn zur Verbindung der Schachtanlage des Kohlenwerkes „Eintracht“ (vereinigte Mauritz-Beche bei Bernsdorf) mit der Dux-Bodenbacher-Bahn. S.-M. Z. 37.890 ex December 1877.

Nr. 8. Ausgeg. am 19. Jänner.

Erlass des k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen vom 14. Jänner 1878, Z. 14.544 III, an die Verwaltungen der österreichischen Eisenbahnen, betreffend die Gültigkeit der Eisenbahnfrachtbriefe mit eingedruckten älteren Stempelzeichen.

Nr. 9. Ausgeg. am 22. Jänner.

Erlass des k. k. Handelsministeriums vom 5. Jänner 1878, Z. 38.721 (?) an die Verwaltungen der im Betriebe stehenden österreichischen Bahnen, betreffend den Ankauf der Rhexit- und Dynamitfabrik in St. Lambrecht durch die Firma Borkenstein u. Comp.

Nr. 10. Ausgeg. am 24. Jänner.

Concession zum Baue eines Sturzgeleises von der Prag-Duxerbahn zu dem Fabriks-Etablissement des Max Pergeth in Eichow. S.-M. Z. 567. 5. Jänner.

Nr. 11. Ausgeg. am 26. Jänner.

Nr. 12. Ausgeg. am 29. Jänner.

Erlass des k. k. Handelsministers vom 16. Jänner 1878, Z. 38.033 ex 1877, an die Verwaltungen der österreichischen Bahnen, betreffend die Anwendung abgefürzter Bezeichnungen der Maße und Gewichte.

Nr. 13. Ausgeg. am 31. Jänner.

Erlass des k. k. Handelsministeriums vom 16. Jänner 1878, Z. 170, an die Verwaltungen der im Betriebe stehenden Bahnen, exclusive der von ausländischen Verwaltungen betriebenen Bahnstrecken, betreffend die Mittheilung der Special- und Ausnahme-Tarife, welche eventuell auch bei Militärforderungen zur Anwendung zu gelangen haben.

Nr. 14. Ausgeg. am 2. Februar.

Erlass des k. k. Handelsministeriums vom 19. Jänner 1878, Z. 1128, an die Verwaltungen sämtlicher im Betriebe befindlicher österreichischer Eisenbahnen, betreffend Bekanntgabe jener Güte, mit welchen explosibare und feuergefährliche Gegenstände befördert werden.

Erlass der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen vom 23. Jänner 1878, Z. 1257/V., an sämtliche österreichische Eisenbahn-Verwaltungen, betreffend die den Monats-Answeisen über die Betriebs-Ergebnisse zu Grunde zu legenden Bahnlängen.

Nr. 15. Ausgeg. am 7. Februar.

Nr. 16. Ausgeg. am 9. Februar.

Abdruck von Nr. 10 R. G. Bl.

Nr. 17, 18, 19. Ausgeg. am 12., 14., 16. Februar.

Nr. 20. Ausgeg. am 19. Februar.

Abdruck von Nr. 12 R. G. Bl.

Nr. 21. Ausgeg. am 21. Februar.

Protokoll, aufgenommen im k. k. Handelsministerium am 22. Juli 1877, über die Bedingungen der Durchführung des Bahnbaues Wien—Aspang von Seite der Société Belge des chemins de fer.

Erlass des k. k. Handelsministeriums vom 8. Jänner 1878, Z. 36.662 ex 1877, an die unterstehenden Eisenbahn-Verwaltungen, betreffend die den anspruchsberechtigten Unterofficieren einzuräumende Nachsicht von bestimmten Studien behufs Bewerbung um Kanzlei-, respective Manipulations-Beamtenstellen und noch mindere Dienstposten.

(Fortsetzung folgt.)

## Erledigungen.

Salinenarztesstelle im salinen- und forstämmtlichen Kurbezirke Auffsee mit 700 fl Gehalt und 200 fl. Pauschale, bis Ende November. (Amtsbl. Nr. 268.)

Ingenieursstelle für den Staatsbaudienst in Tirol und Vorarlberg mit der neunten Rangklasse, bis 25. November. (Amtsbl. Nr. 268.)

Neun Postassistentenstellen im Bereiche der k. k. Postdirection für Wien und Umgebung mit je 600 fl. Gehalt und Activitätszulage gegen Caution, bis Mitte December. (Amtsbl. Nr. 270.)

Bezirkshauptmannstelle bei den politischen Behörden in Krain mit der siebenten Rangklasse, bis 15. December (Amtsbl. Nr. 271.)

Hierzu als Beilage ein Prospect von der Buchhandlung Moriz Perles in Wien (I., Bauernmarkt 11), den wir gefälliger Beachtung empfehlen.